



www.volksblatt.li

ANZEIGE

final sale by

Jones

up to

-50%

Jones Store Vaduz

Im Städtle 36 +423/233 20 30
www.jones.at

sale sale sale sale sale sale sale sale sale sale sale sale sale sale
sale sale sale sale sale sale sale sale sale sale sale sale sale sale
sale sale sale sale sale sale sale sale sale sale sale sale sale sale
sale sale sale sale sale sale sale sale sale sale sale sale sale sale
sale sale sale sale sale sale sale sale sale sale sale sale sale sale

«Mit guten Argumenten»

Nachholbedarf in der Kommunikation – Lobbying für Politik und Wirtschaft zentral

VADUZ – Wie für Kleinststaaten typisch, ordnet sich Liechtenstein in internationale Wandlungsprozesse ein. «Die grosse Herausforderung ist, in kurzer Zeit einen Reformstau aufhellen zu müssen», sagt Erprinz Alois.

• Kornelia Pfeiffer (Text)
• Michael Zanghellini (Fotos)

«Volksblatt»: Durchlaucht, wir leben in einer G-Welt. Die G-20 entscheiden über Weltklimarettung oder weltwirtschaftliche Krisenabwehr. Kann sich ein Kleinstaat noch irgendwo einbringen?

S. D. Erbprinz Alois von Liechtenstein: Ja, aber es ist nicht einfach. Dass die G-20 internationale Probleme lösen wollen, ist verständlich. Andererseits besteht die Gefahr, dass nicht alle Staaten die im kleinen Kreis der mächtigsten Wirtschaftsnationen der Erde gefällten Entscheidungen akzeptieren. Die kleinen Staaten mit ins Boot zu nehmen, ist also wichtig. Mit guten Argumenten ist dies auch im November beim G-20-Gipfel in Seoul gelungen. Die Anliegen kleiner Länder wurden auf Initiative der 3G, der Global Governance Group, stärker berücksichtigt.

Was will die Global Governance Group?

Die Gruppe, die von Singapur geleitet wird und zu der neben anderen auch Luxemburg, die Schweiz und Liechtenstein gehören, fordert die G-20 auf, Nicht-Mitgliedsstaaten stärker in ihre Entscheidungsprozesse mit einzubeziehen. Seit der Wirtschafts- und Finanzkrise wandelt sich die Weltordnungspolitik und das Mitspracherecht von Kleinststaaten scheint gefährdet. Neben der Legitimität und internationalen Akzeptanz von Entscheidungen ist auch ein weiterer Punkt für mich wichtig: Wenn die Grossen unter sich bleiben, besteht die Gefahr, dass sie Regelungen treffen, die auf grosse Bürokratien ausgerichtet sind. Wenn Regelungen für die ganze Welt gelten sollen, müssen aber auch kleine Staaten diese umsetzen können.

Was bringt es einem kleinen Land, international eingebunden zu sein?

Denken Sie an EWR und EFTA, über die Liechtenstein Zugang zum europäischen Binnenmarkt und zu den Weltmärkten erhält. In einer immer globaleren Welt ist es für einen Kleinstaat sehr nützlich, über internationale Organisationen Netzwerke zu unterhalten. Klei-

ne Staaten ohne militärische und wirtschaftliche Macht haben auch ein besonderes Interesse, dass die Staaten sich an völkerrechtliche Regeln halten, die nicht zuletzt auch den Schutz der Kleinen zum Ziel haben sollten.

Nun wird gerade diskutiert, ob Liechtenstein dem Internationalen Währungsfonds beitreten soll. Der IWF steht vor einer tief greifenden Reform. Ein Grund mehr – beizutreten?

Eine IWF-Mitgliedschaft hätte den Vorteil, dass wir bei Fragen, die vor allem unseren Finanzplatz betreffen, mit am Tisch sitzen können. Wir müssen aber zuerst die Kosten und die Gestaltungsmöglichkeiten genauer studieren, um entscheiden zu können, ob sich eine Mitgliedschaft rechtfertigen lässt. Wir müssen wissen, welche direkten Beiträge anfallen würden, welche Garantien fällig wären, wenn andere Länder finanziell stabilisiert werden müssten, wie der Mechanismus funktioniert, um Garantien zu erhöhen, und welche Strategie der IWF für die Zukunft plant.

Kritiker verweisen auf die angespannte Haushaltslage. Nun hat sich Liechtenstein ein Sparpaket verordnet. Sie fordern, Steuermittel besser einzusetzen. Was schlagen Sie vor?

Man kann sparen, indem man einfach überall die Ausgaben reduziert, oder man kann sich überlegen, ob überhaupt alle Ausgaben sinnvoll sind, und vor allem jene streichen, die sich als unnötig erweisen. In der Praxis wird man zwar von beiden etwas machen müssen, gut wäre es aber, möglichst viele unnötige Ausgaben zu streichen. Unnötig halte ich beispielsweise die Subvention an die Krankenkassen nach dem Giesskannenprinzip, wo der Wohlhabende gleichviel erhält wie der Bedürftige, oder die Subvention von Ehen und Partnerschaften anstelle von Familien mit Kindern. Hier sollten wir die Steuermittel treffsicherer jenen zukommen lassen, die sie wirklich brauchen.

Steuermittel treffsicherer verteilen

Und welche Aufgaben würden Sie Gemeinden oder Privaten übergeben?

Ich sehe vor allem im Sozial- und Bildungsbereich Möglichkeiten. Hier

könnte sich der Staat vielfach auf das Regulieren und Finanzieren beschränken und Leistungen nur dann selbst erbringen, wenn dies Private nicht tun. Der Staat muss beispielsweise nicht selbst die Bildungseinrichtungen leiten, sondern könnte dies vielerorts an Private delegieren.

Das vertreten Sie schon länger, passiert ist aber noch nichts ...

... das sind Visionen, die weit vorausschauen, diese umzusetzen braucht Zeit. Tatsächlich haben wir zurzeit in Liechtenstein – im Gegensatz zu unserem sonst so liberalen Staatsaufbau – im Bildungsbereich eine Art «zentrale Planwirtschaft», während andere Staaten mit viel Erfolg eine weitgehende Schulautonomie kennen und viele Privatschulen haben. Bei uns hingegen tut man sich schon schwer, den Schulen mehr Autonomie zu ge-

ben. Das wäre ein erster, aber wichtiger Schritt, denn es sind vor allem Staaten mit hoher Schulautonomie wie Finnland und die Niederlande, die in Schulvergleichen regelmässig ganz vorn zu finden sind.

Ein schlanker Staat verlangt nach der Mitverantwortung der Bürger. Wie steht es damit in Liechtenstein?

Wir haben viele sehr verantwortungsvolle Bürger, die grosse Teile ihrer Freizeit für freiwillige Aufgaben einsetzen. Dies lässt sich in den Vereinen beobachten, aber auch in der Politik, die bis auf die Regierung nebenberuflich ausgeübt wird. Ohne die vielen Freiwilligen würde unsere Gesellschaft nicht funktionieren. Aus einem falsch verstandenen Professionalisierungstrieb immer mehr Aufgaben zu verstaatlichen, würde nicht nur die Staats-

ausgaben stark erhöhen, sondern auch mit der Zeit die Mitverantwortung abschaffen.

Was sind Ihre Mittel als stellvertretendes Staatsoberhaupt, Reformen zu fördern?

Zu meiner Rolle gehört es, darüber nachzudenken, was notwendig ist, damit unser Staat auch in Zukunft gut funktioniert. Wenn ich Reformbereiche identifiziert habe, versuche ich mich in die Materie zu vertiefen und dann Reformideen und Visionen zu entwickeln, die ich zur Diskussion stelle, sobald sie reif genug sind. Als Monarch kann ich Themen auch etwas unkonventionell angehen, was für einen gewählten Politiker viel schwieriger ist. Manchmal muss man auch eine Diskussion immer und immer wieder führen. Denn etwas zu verändern – das braucht Geduld.



Erbprinz Alois im Gespräch mit «Volksblatt»-Redaktorin Kornelia Pfeiffer, Leiterin des Ressorts Wirtschaft.



«Manchmal muss man auch eine Diskussion immer und immer wieder führen. Denn etwas zu verändern – das braucht Geduld»: Erbprinz Alois.



Sind die Liechtensteiner reformwillig genug?

Das Bewusstsein ist gewachsen, dass Reformen nötig sind, um auch in Zukunft gute Rahmenbedingungen für unseren Standort zu sichern. Das Umfeld steht nicht still, wir müssen uns anpassen. Wird das transparent und gut kommuniziert, verstehen es die Menschen sehr wohl.

Das Umfeld steht nicht still, wir müssen uns anpassen

Eine grundlegende Reform ist durch: Ab 2011 gilt ein modernes und in Europa anerkanntes Steuerrecht. Was versprechen Sie sich für den Wirtschaftsstandort?

Ein attraktives Steuersystem ist ein wichtiges Element für einen attraktiven Wirtschaftsstandort, wenn auch nicht das einzige. Wir brauchen auch genügend Fachleute, insbesondere wenn wir auch neue Unternehmen anziehen wollen. Aber unser Arbeitsmarkt ist recht ausgetrocknet. Ohne grosszügigere Regelung der Personenfreizügigkeit bleibt die Unternehmensansiedlung auf Betriebe begrenzt, die in der Nachbarschaft Arbeitskräfte finden können.

Es wäre sinnvoll, das Thema Personenfreizügigkeit in den nächsten Monaten verstärkt zu diskutieren. Die Wirtschaft fragt mehr und mehr danach. Nicht nur die Industrie. Auch die Finanzdienstleister suchen Experten mit dem notwendigen Wissen, um mit Blick auf unsere Steuerinformationsabkommen umfassende Dienstleistungen anbieten zu können. Wenn wir das jedoch allein der Politik überlassen, wird sich wenig ändern. Hier muss die Wirtschaft der Politik Hand bieten. Wenn klar nachvollziehbar wird, dass es mehr ausländische Arbeitskräfte braucht und wie diese integriert werden können, dann wer-

den die Liechtensteiner dem auch zustimmen.

Der Finanzplatz denkt über nachhaltige Investments nach, Clean-Tec könnte für den Werkplatz interessant sein, IKT-Dienstleister stellen sich Liechtenstein als «safe harbour» für Daten vor. Viele Initiativen sind angedacht ...

... ich sehe, dass jetzt einiges in Gang kommt. Der Bankenverband will demnächst eine Strategie vorstellen. Nachhaltige Investments werden zu einem wichtigen Thema. Nachhaltigkeit bedeutet aber auch nachhaltig finanzierte Haushalte und Sozialsysteme.

Ein entscheidendes Merkmal für den Finanzplatz wird in Zukunft die Stabilität des Landes sein, eine Eigenschaft, die man in der Vergangenheit zu wenig kommuniziert hat. Unser politisches System ist stabil, ebenso das breit diversifizierte Wirtschaftssystem. Unser Staatshaushalt ist sehr gesund. Das Land hat erneut eine AAA-Bewertung erhalten. Mit dem Schweizer Franken haben wir eine sehr stabile Währung und die Finanzinstitute verfügen über hohe Eigenmittel.

Hinzu kommt, dass wir als einziger Staat in Europa Zugang zu zwei Wirtschaftsräumen haben: zur Schweiz und zur EU. Als EWR-Land kann Liechtenstein neue EU-Richtlinien nutzen, indem es rasch kluge Ausführungsgesetze macht. Derzeit wird mit Hochdruck an einem neuen Fondsgesetz gearbeitet, um den Marktanteil am Fondsmarkt in Europa zu erhöhen. Diese Vorteile sollten wir nutzen.

Gut abgestimmtes Lobbying ist zentral

Und – Liechtenstein ist eine Exportnation. Was freilich fehlt sind Doppelbesteuerungsabkommen. Wie lässt sich das lösen?

Indem Politik und Wirtschaft ge-

meinsam auftreten und den Staaten, die sie als Partner für Doppelbesteuerungsabkommen brauchen, erklären, was Liechtenstein wirklich ist. Wer versteht, dass hier Industrieunternehmen sitzen, die weltweit führend in ihren Nischen sind, der versteht auch, warum wir die Abkommen brauchen. Möglicherweise besteht sogar ein gegenseitiges Interesse. So zeigt anscheinend eine Statistik der Deutschen Bundesbank, dass Liechtenstein in Deutschland mehr Direktinvestitionen tätigt als Polen, Ungarn und die Slowakei zusammen.

Nun sind wir gerade dabei, mit Deutschland über ein Abkommen zu verhandeln. Aber auch das bekommen wir nicht geschenkt, das müssen wir uns hart erarbeiten. Ein zwischen Wirtschaft und Politik gut abgestimmtes Lobbying ist zentral. Nach Jahren, in denen Aussenpolitik nicht viel kosten sollte und wir kaum aktiv nach aussen kommuniziert haben, besteht ein grosser Nachholbedarf.

Bei der Expo in Shanghai haben sich die Regierungen der Staaten die Klinke in die Hand gegeben. Wie kann das Land Liechtenstein ansetzen, um für die Wirtschaft den schwierigen Zugang zum chinesischen Boommarkt zu erleichtern?

Einige Liechtensteiner Unternehmen sind in China bereits präsent und erfolgreich. Um den Zugang zu erleichtern, müssen wir gute Kontakte zu den chinesischen Entscheidungsträgern knüpfen und ihnen Liechtenstein näherbringen. Dazu haben die Besuche verschiedener Delegationen aus Politik und Wirtschaft sicherlich beigetragen. Das chinesische Gegenüber konnte dabei oft zum ersten Mal ein Dossier über Liechtenstein studieren. Die liechtensteinische Erfolgsgeschichte stiess auf Beachtung. Wenn wir etwas erreichen wollen, müssen wir aktiv sein und Kontakte auf verschiedenen Ebenen pflegen. Darüber hinaus wäre für uns interessant, wenn es der Schweiz gelänge,

mit China ein Freihandelsabkommen abzuschliessen.

Wie schätzen Sie die Möglichkeiten für Liechtensteins Unternehmen in Indien ein?

Für einige Unternehmen wie die Hilti ist Indien bereits ein wichtiger Markt. Andere prüfen erst noch, ob sie beziehungsweise Indien schon für einander reif sind. Die Europäische Freihandelsassoziation EFTA verhandelt derzeit mit Indien über ein Freihandelsabkommen.

Mehr Werkplatz und weniger Finanzplatz – wäre das eine realistische Wirtschaftsstrategie für Liechtenstein?

Unsere Wirtschaft ist gut diversifiziert. Wir haben dies durch das Setzen von attraktiven Rahmenbedingungen erreicht, ohne dass der Staat die Branchen vorgegeben hat. Das ist auch in Zukunft der richtige Ansatz. Ich bin kein Anhänger von planwirtschaftlichen Ansätzen, Branchen zu fördern, weil ihnen die Zukunft gehört. Bis sich die Politik nämlich auf eine Boom-Branche geeinigt hat, ist sie meist schon zur Problem-Branche geworden.

Einige Finanzdienstleister sehen schon Licht am Ende des Tunnels, andere tun sich noch schwer

Manche Stimme munkelt, dass in absehbarer Zeit jeder dritte Arbeitsplatz in der Finanzbranche wegfällt ...

... dazu hilft vielleicht ein Vergleich mit der Industrie. Ich denke, dass in der Vergangenheit in unserer Industrie viele Arbeitsplätze verschwunden und dafür neue entstanden sind. Die Industrie war immer viel stärker einem ständigen Transformationsprozess ausgesetzt als der Finanzplatz. Dieser war

viel statischer, weil geschützter. In Zukunft wird auch der Finanzplatz dynamischer werden. Bestehende Arbeitsplätze werden verschwinden, neue werden entstehen. Die grosse momentane Herausforderung ist, in kurzer Zeit einen Reformstau aufholen zu müssen. Ich bin zuversichtlich, dass wir den Prozess ganz gut über die Runden bringen werden. Einige Finanzdienstleister sehen schon Licht am Ende des Tunnels, andere tun sich noch schwer.

Von den 23 OECD-konformen Steuerinformationsabkommen, die Liechtenstein abgeschlossen hat, löst nur das mit Grossbritannien das Problem der «Altlasten», also der unversteuerten Kundengelder?

Mit Deutschland sprechen wir über ein Abkommen zur Regulierung von unversteuerten Kundenvermögen. Mehr und mehr Staaten interessieren sich für solche Abkommen. Doch dieser Prozess verursacht wesentlich mehr Aufwand als der Abschluss eines Steuerinformationsaustauschabkommens.

Die Finanzkrise, vor allem aber der Druck gegen «Steueroasen», hat den Finanzplatz erschüttert. Wo sehen Sie den Wirtschaftsstandort in fünf Jahren?

Die Industrie wird sich weiterhin auf forschungsintensive Nischen konzentrieren und mit einer hohen Wertschöpfung erfolgreich ihre Produkte in der Welt umsetzen. Beim Finanzplatz gehe ich davon aus, dass er die Umbruchphase weitgehend durchschritten haben wird. Die Rahmenbedingungen werden wir voraussichtlich bis in fünf Jahren noch weiter verbessert haben. Wir sollten zusätzliche Fachleute teilweise selbst ausgebildet und teilweise aus dem Ausland zu uns geholt haben. Bis dahin haben wir hoffentlich auch unseren Staatshaushalt saniert und unsere Sozialsysteme auf eine finanziell nachhaltige Basis gestellt.